

Zu Frage 1:

Die Federführung liegt beim Stadtarchiv. Mit den übrigen betroffenen Fachbereichen (Bauplanung, Friedhofswesen) und interessierten Bürger wurden Gespräche über die Realisierungsmöglichkeiten geführt. Dabei wurden technisch-praktische und finanzielle Aspekte angesprochen. Ideen für die Gestaltung eines Gedenksteins wurden gesammelt. Die Verwaltung nahm darüber hinaus mit dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Kontakt auf. Bei einem Ortstermin mit Wolfgang Held von der Landesgeschäftsstelle des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Martin Gadow, Geschäftsführer des Bezirksverbands Köln-Aachen, wurden erste Schritte vereinbart.

Zu Frage 2:

Zitat aus dem Begehungsprotokoll, verfasst von Herrn Held:

"Es bestand Einvernehmen darüber, dass zunächst der Text der Informationstafel grundlegend in Inhalt und Gestaltung überarbeitet werden sollte. Insbesondere sollen die Schicksale der Ukrainer wie auch anderer ziviler Opfer Erwähnung finden (mit Angabe der jeweiligen Grablage).

Herr Pertz und Herr Held werden einen Entwurf für eine neue Informationstafel zur Vorlage an den Ausschuss erarbeiten, u. a. wird die Bezeichnung „Ehrenfriedhof“ durch Kriegsgräberstätte ersetzt werden. Es soll außerdem eine Beschilderung von der Straße her erfolgen...

Herr Held schlägt vor, statt eines zusätzlichen Gedenksteins auf der Kriegsgräberstätte (ein großer Findling mit Aufschrift befindet sich bereits dort), eine Steinstele auf dem Gedenkweg (Geschichtspfad) zu errichten."

Eine bessere Anbindung des Ehrenfriedhofs kann aus eigentumsrechtlichen Gründen nicht über den Schwesternpark erfolgen. Voraussetzung ist dafür eine endgültige Entscheidung darüber, wie der Schwesternpark zukünftig genutzt werden soll. Ein endgültiges Konzept liegt dafür aber noch nicht vor, da die konkrete Nutzung des Parks (evtl. als Geschichtspfad) noch nicht feststeht.

Zu Frage 3:

Am 21. November 2013 findet die nächste Sitzung des Ausschusses für Standortförderung: Gewerbe, Wirtschaft, Tourismus und Kultur statt. Sollte aber das Konzept früher vorliegen, wird die Verwaltung einen geeigneten Weg finden, den Ausschuss bzw. den Rat zu unterrichten.